DEMOKRATIE UND GESELLSCHAFT 17.05.2023 | Roland Bathon

Kampffeld Social Media

Russlands Mächtige wollen die öffentliche Meinung in den Sozialen Netzen beherrschen. Bei YouTube und Telegram stoßen sie auf Probleme.

Das Internet in Russland und insbesondere der Bereich der Sozialen Medien waren schon in den Jahren vor der Invasion in die Ukraine zunehmend Einschränkungen unterworfen. Seitdem haben sich die Restriktionen im Online-Umfeld in Russland dramatisch verschärft, wie Freedom House die Entwicklung von 2021 bis 2022 zusammenfasst. Ziel der russischen Behörden ist dabei eine absolute Meinungshoheit der regierungstreuen, kriegsunterstützenden Kräfte bei allem, was eine größere Anzahl der Inlandsrussen im Netz konsumiert.

Schlagzeilen in Mitteleuropa machten dabei gleich zu Kriegsbeginn die Sperrungen westlicher Sozialer Netzwerke wie Twitter, Facebook und Instagram. Doch Facebook und Twitter verfügten bei der Verbreitung von Nachrichten in Russland nur eine völlig untergeordnete Rolle. Der entscheidende Kampf um die Meinungsbildung vor allem der jüngeren Russinnen und Russen findet auf anderen Plattformen statt und lässt sich alleine mit simplen Sperrmaßnahmen nicht gewinnen. Es muss auch ein regierungskonformes Alternativprogramm hergestellt und mit Reichweite versehen werden, denn die Russen werden trotz all der erzwungenen Besinnung auf eine reaktionäre „Russische Welt“ nicht aufhören, Onlinemedien zu nutzen.

Abseits von reinen Messenger-Apps wie WhatsApp haben in Russland YouTube, VK.com, Telegram und Instagram die höchsten Marktanteile und erreichen jeweils zwischen 40 und 70 Prozent der russischen Bevölkerung. Zum Zeitpunkt des Kriegsausbruchs stand davon nur das russische VK.com weitgehend unter der Kontrolle der Regierung. So hatten die Mächtigen in Russland einiges „zu tun“, um unliebsame, abweichende Inhalte aus im eigenen Land verbreiteten Sozialen Netzwerken zu eliminieren und durch ideologisch Konformes zu ersetzen.

Videoinhalte sind im russischen Netz ebenso beliebt wie in Mitteleuropa. Was aufwändigere, inhaltlich tiefere Webvideos angeht, war die

Entwicklung in den letzten 20 Jahren erstaunlich ähnlich zu der in Deutschland. Zunächst formten sich neben der Google-Tochter YouTube einheimische Alternativen, wie das russische RuTube, die jedoch angesichts der wachsenden Marktmacht des US-Giganten bald bedeutungslos wurden.

Wer die russische Bevölkerung online mit Videos erreichen will, braucht das US-Videoportal.

Trotz aller Vorbehalte waren auch regierungsnahe russische Videoblogger sowie offizielle Stellen am Ende gezwungen, die riesige Reichweite von YouTube zu nutzen. Bei einer Umfrage im Juni 2022 gaben 74 Prozent der Russen an, in den letzten Tagen YouTube genutzt zu haben, wobei die am häufigsten genutzte Sparte politische Nachrichtensendungen waren. Wer die russische Bevölkerung online mit Videos erreichen will, braucht das US-Videoportal. Das politische, vor allem das oppositionelle YouTube spielt in Russland dabei seit Jahren eine wesentlich größere Rolle als etwa in Mitteleuropa. Sperraufforderungen der russischen Offiziellen, etwa wegen „Staatsgeheimnissen“ in Videoproduktionen, kam YouTube in vielen Fällen nicht nach.

Mit dem Kriegsausbruch und der sich mit ihm verschärfenden totalitären Wende in Russland war klar, dass die russische Regierung diese oppositionelle Meinungsmacht im eigenen Land nun endgültig würde brechen wollen. Der kremlnahe Oligarch Jewgeni Prigoschin sprach im Januar dieses Jahrs deutlich aus, was viele in der russischen Staatsspitze denken: „In naher Zukunft wird YouTube geschlossen. Diejenigen, die YouTube dennoch aktiv nutzen, werden identifiziert und nach dem Verbot ihre gerechte Strafe erfahren.“ Dennoch ist YouTube auch über ein Jahr nach Kriegsbeginn noch in seiner gewohnten Form in Russland online. Warum gestaltet sich der russische Online-Vernichtungskrieg gegen das US-Netzwerk so schwierig?

Dass YouTube sich unter den Videoplattformen im russischen Raum durchgesetzt hat, ist keine zufällige Entwicklung. YouTube ist seinen russischen Konkurrenten hinsichtlich der Technologie sowie der Möglichkeiten haushoch überlegen. Selbst Alexander Scharow, CEO von Gazprom-Media, dem Eigentümer des Konkurrenten RuTube, meinte im Januar gegenüber dem Medienportal RBK, RuTube könne YouTube nicht ersetzen. Er verwies auf die von Google ständig optimierten Empfehlungen für seine Nutzer, die deren Sehgewohnheiten perfekt

berücksichtigen, sowie auf die riesige, weltweite Bandbreite an Inhalten des Portals.

Dennoch glauben Analysten, dass die russischen Offiziellen an ihrem Ziel, der Verdrängung von YouTube vom russischen Markt, festhalten. Der erfolgreiche Konkurrent VK.com, bei dem Webvideos bisher nur eine Nebensparte waren, bereitet sich laut der russischsprachigen Ausgabe von *Forbes* bereits auf eine Steigerung seiner Videobandbreite in dem Moment vor, in dem YouTube im russischen Netz geschlossen wird. Auch VK.com versuche nun, bekannte Videoblogger vom US-Konkurrenten abzuwerben.

Dass YouTube sich unter den Videoplattformen im russischen Raum durchgesetzt hat, ist keine zufällige Entwicklung.

Die russische Staatsmacht zieht aus dem gescheiterten RuTube-Ausbau also nicht die Schlussfolgerung, seine Bemühungen aufzugeben, sondern auf ein neues Pferd zu setzen. Zugute kommt dem Kreml dabei vor allem die Tatsache, dass russische YouTuber ihre Videos nun nicht mehr monetarisieren, also keine Werbeeinnahmen mehr generieren können. Diese Monetarisierung ist für unabhängige Channels ein wichtiges finanzielles Standbein.

Die Realisierbarkeit einer Sperre zum aktuellen Zeitpunkt wird laut Quellen der lettischen Onlinezeitung *Meduza* im Umfeld der Kremlverwaltung immer noch sehr unterschiedlich gesehen. Putin wurde mitgeteilt, schreibt *Meduza*, dass „die Sperrung aktuell nicht ratsam ist“. Man werde wegen der immer noch großen Macht nur mehr Russen dazu treiben, sich allgemein zur Umgehung von Websperren zu informieren, was wiederum anderen gesperrten Inhalten eher zugutekäme, als sie zu schädigen. Angesichts der Tatsache, dass YouTube auch zunehmend russische Regierungskanäle blockiert, etwa den des Russischen Föderationsrates oder bekannter TV-Propagandisten, dürfte hier das letzte Wort allerdings noch nicht gesprochen sein.

Ganz anders als im deutschsprachigen Raum verfügte der Messenger Telegram in Russland ursprünglich eher über einen liberalen, regierungsunabhängigen Ruf. Reichweitenstarke politische Kanäle gab es vor Jahren vor allem im oppositionellen Bereich. Wegen der dezentralen Struktur des Netzwerks scheiterten 2020 Versuche der russischen Aufsichtsbehörden, Telegram im Inland komplett zu blockieren. In der Zeit um den Beginn der russischen Ukraineinvasion setzte eine Entwicklung ein, die verhinderte, dass Telegram deswegen erneut auf die Sperrliste des Kremls geriet. Nach ersten Antikriegsprotesten gab es

Meldungen, der russische Staat habe entweder oppositionelle Strukturen auf Telegram unterwandert oder aber der nun in Dubai beheimatete Anbieter gebe Daten aus oppositionellen Gruppen an Russlands Offizielle weiter.

Doch um Telegram zu beherrschen, versuchten Russlands Offizielle nicht in erster Linie, die oppositionelle Konkurrenz zu blockieren. Vielmehr entstand seit Kriegsbeginn auf Telegram eine Gegenbewegung in Form von kriegsbejahenden sogenannten Z-Fluencern und „Militärkorrespondenten“, die das militärische Geschehen in der Ukraine prorussisch kommentieren, ja sogar eingebettet in russische Einheiten von der Front berichten. Ein prominentes Beispiel ist hier der bei einem mutmaßlichen Mordanschlag in Sankt Petersburg getötete Militärblogger Wladlen Tatarskij, der bei Telegram zuletzt mehr als 560 000 Follower hatte und bürgerlich Maxim Fomin hieß.

Diese Z-Fluencer dürfen vom Geschehen an der Front erstaunlich frei berichten und sogar taktische Kritik an der militärischen Spitze üben – in einer Situation, in der selbst die kleinste Onlinebemerkung gegen den Krieg zu langjährigen Haftstrafen führen kann. Neben diesen neuen „Militärkorrespondenten“ gibt es auch Offizielle, die es wie Ex-Premier Dmitri Medwedew oder der Tschetschenische Machthaber Ramsan Kadyrow auf Telegram mit rabiaten Sprüchen und Drohungen zu einer beachtlichen Reichweite gebracht haben. Diese wird auch mit unlauteren Methoden – etwa über Bots und Fake-Gruppen – von staatsnahen Unternehmen gesteigert.

Sogar Tinder will Russland im Juni auf staatlichen Druck hin verlassen.

Der russische Staat treibt dabei regelrecht regierungskonforme Russen ins Telegram-Netzwerk, etwa über zahlreiche persönliche Kanäle prominenter Politiker. All diese Bemühungen verschaffen Telegram neue, oppositionsferne Nutzer in großer Zahl, so dass die Meinungshoheit im russischsprachigen Teil des Netzwerks kippt. Bezeichneten im Februar 2022 gegenüber dem Umfrageinstitut FOM noch neun Prozent der Russinnen und Russen Telegram als bevorzugte Nachrichtenquelle, waren es im Januar 2023 20 Prozent, obwohl die oppositionellen Akteure im Netzwerk immer mehr in Bedrängnis gerieten. Telegram überholte 2022 bei den Messengerdiensten auch das übermächtige WhatsApp bei der Menge des Datenverkehrs.

Noch viele kleinere Beispiele ließen sich finden, die belegen, dass das russische Regime den Kampf gegen die verbliebene Onlinefreiheit nun mit voller Gewalt führt und dabei leider auch erfolgreich ist: Der Aufbau der kontrollierten Instagram-Alternative Rossgramm beispielsweise sowie horrende Geldstrafen gegen das autonome und deswegen unliebsame Onlinelexikon Wikipedia auf Russisch. Sogar das westliche Partnervermittlungsnetzwerk Tinder will Russland im Juni auf staatlichen Druck hin verlassen.

Erschreckend ist dabei, wie wirkungsvoll die staatliche Macht in Russland Onlinemechanismen nutzt, um die Freiheit im Netz ebenso effektiv einzuschränken, wie das mit der „Offlinefreiheit“ vor Ort geschehen ist. Doch man sollte die russische Informationsfront nicht nur pessimistisch sehen. Denn die regierungskritischen russischsprachigen Akteure sind weiter aktiv, entweder aus dem Ausland oder im Verborgenen. *Meduza* spricht hierbei von der Schaffung eines „zweiten RuNET“, das von staatlicher Zensur frei sei. Als Brücke in das eigene Land verbleibe den ausgewanderten Influencern und den im Ausland wiedergegründeten Onlinezeitungen weiterhin Telegram und YouTube. Diese werden dauerhaft beziehungsweise noch für eine längere Zeit ohne Umgehungslösungen in Russland zu erreichen sein. Und über sie die Inhalte der Medien, die aus den Ruinen der liberalen Presse in Russland selbst entstanden sind.

Eine Aufgabe der europäischen Politik und Gesellschaft muss es sein, diese Akteure bei ihrem Kampf gegen einen übermächtigen Gegner zu unterstützen: Mit Arbeits- und Einreisemöglichkeiten für nichteinverstandene Russen und einer organisatorischen und finanziellen Unterstützung ihrer Arbeit. Denn nur so können sie im Meinungskampf gegen mächtige staatliche Strukturen und deren finanzierte „Community“ bestehen. Denn was sie einst in Russland offline aufgebaut hatten, ist nun dahin.



Roland Bathon

Roland Bathon ist freier Journalist. Er schreibt vor allem zu Russland und Osteuropa.